



Pressemitteilung | Berlin, 07. September 2026

AfD stärkste Kraft in Sachsen-Anhalt: BKMO fordert konsequente Abgrenzung und Schutz migrantischen Lebens

Die AfD ist nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis mit 43,8 stärkste Kraft bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt geworden, bleibt jedoch ohne absolute Mehrheit. Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) sieht darin ein alarmierendes Signal für die Demokratie und fordert die demokratischen Parteien zu einer verbindlichen Abgrenzung auf.

Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt wird vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Jede direkte oder indirekte Zusammenarbeit mit der Partei muss ausgeschlossen bleiben. Ehsan Djafari, Co-Vorstandsvorsitzender der BKMO, erklärt: *„Dieses Ergebnis ist ein Stresstest für die Demokratie in ganz Deutschland. Für Menschen mit Migrationsgeschichte geht es um ihre Sicherheit, ihre Rechte und ihre Zugehörigkeit. Wer jetzt taktisch laviert, statt klare Grenzen zu ziehen, setzt ihr Vertrauen in den demokratischen Staat aufs Spiel.“*

Die BKMO warnt davor, migrationsfeindliche Positionen zu übernehmen oder gesellschaftliche Probleme auf Zuwanderung zu reduzieren. Menschen mit Migrationsgeschichte gestalten Sachsen-Anhalt mit und tragen zu seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bei. „Wer migrantische Menschen ausgrenzt, gefährdet die Zukunft des Landes. Die Antwort auf den Erfolg der AfD muss eine Politik sein, die Probleme löst, gleichberechtigte Teilhabe sichert und den Zusammenhalt stärkt“, so Djafari.

Die BKMO fordert drei verbindliche Grundsätze:

1. Keine Zusammenarbeit mit der AfD: keine Koalition, keine Tolerierung und keine Mehrheiten, die gezielt auf ihre Stimmen bauen.
2. Keine Übernahme migrationsfeindlicher Positionen: Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und Gleichbehandlung sind nicht verhandelbar.
3. Verlässlicher Schutz und dauerhafte Förderung: Migrant*innenorganisationen, Beratungsstellen sowie Antidiskriminierungs- und Empowermentprojekte brauchen langfristige Finanzierung und wirksamen Schutz vor Bedrohungen.

„Die Brandmauer muss sich im politischen Handeln beweisen. Menschen mit Migrationsgeschichte müssen darauf vertrauen können, dass der Staat ihre Rechte schützt und ihre gleichberechtigte Teilhabe gewährleistet“, betont Djafari.

Über die BKMO: Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) ist ein bundesweites Netzwerk von über 70 migrantischen und postmigrantischen Initiativen. Sie setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe, soziale Gerechtigkeit und eine offene, demokratische Gesellschaft ein.

